



CH-3003 Bern
GS-EDI

Souverän GR
Postfach 33
7031 Laax

Bern, 23. April 2024

Die aktuellen Verhandlungen mit der WHO gefährden die Souveränität der Schweiz

Sehr geehrte Mitglieder des Komitees

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 29. Januar 2024 an Bundespräsidentin Viola Amherd. Als Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern, in dessen Zuständigkeit Ihr Anliegen fällt, nehme ich gerne Stellung.

Eine transparente Information zu den laufenden Verhandlungen in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist dem Bundesrat ein grosses Anliegen. Gerne möchten wir an dieser Stelle die Bedeutung der WHO unterstreichen, welche sich seit 75 Jahren dafür einsetzt, die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen zu stärken. Dazu gehört, möglichst allen Menschen einen guten Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung zu ermöglichen und Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. Das ist auch im Interesse der Schweiz.

Die WHO ist eine von ihren Mitgliedstaaten getragene Organisation. Sie hat kein Interesse und keine Macht, die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten zu beschränken. Die Schweiz ist Gründungsmitglied der WHO und beherbergt deren Sitz in Genf. Durch die aktive Teilnahme an den laufenden Verhandlungen in der WHO kann die Schweiz ihre Interessen einbringen und verteidigen. Ein Austritt aus der WHO steht demnach nicht im Interesse der Schweiz.

Als souveränem Mitgliedstaat der WHO steht es der Schweiz frei, das WHO-Pandemieabkommen zu unterzeichnen und zu ratifizieren. In diesem Rahmen wird wie bei jedem völkerrechtlichen Vertrag sorgfältig geprüft, ob dieser dem Parlament zur Genehmigung zu unterbreiten ist und gegebenenfalls dem Referendum unterstellt wird.



Es ist wichtig zu betonen, dass das mögliche neue Abkommen das souveräne Recht der Staaten, Gesetze zur Umsetzung ihrer nationalen Gesundheitspolitik zu erlassen, nicht einschränken wird. Dies ist im aktuellen Entwurf unter den Grundsätzen in Art. 3 ausdrücklich festgehalten. Die Schweiz wird auch in Zukunft souverän über die eigene Gesundheitspolitik sowie über allfällige Massnahmen im Pandemiefall entscheiden.

Freundliche Grüsse


Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrätin